

tionsvorsitzender der CDU und Mitglied im Verwaltungsausschuss war er in dieser Zeit eine tragende Säule des Gremiums. Sachkundig, engagiert und couragiert hat er seine Arbeit im Gremium immer sehr ernst genommen und durch fundiertes Wissen, vor allem im finanzwirtschaftlichen Bereich Impulse geben können, die uns im Gremium immer weiter gebracht haben.

Neben Kollegen aus der CDU-Fraktion besuchte ihn auch Bürgermeister Volker Godel an seinem Geburtstag, überbrachte Glückwünsche und Präsente der Gemeinde.

Wir gratulieren Herrn Buekers nochmals nachträglich ganz herzlich zu seinem runden Geburtstag und wünschen ihm für die Zukunft alles Gute, vor allem in gesundheitlicher Hinsicht.

Aus dem Gemeinderat

Der Gemeinderat kam zuletzt am Dienstag, 24. Juni 2008 zu einer öffentlichen Sitzung im Rathaus zusammen.

Bekanntgaben

Aktueller Stand der Spotmessung in der Tiefengasse

Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Spotmessung in der Tiefengasse zum 5. Mai 2008 16 Überschreitungen der Feinstaubgrenzwerte ergeben habe. Zulässig seien im Jahr insgesamt 35 Überschreitungen.

Der Gemeinderat nimmt hiervon Kenntnis.

Fortschreibung des Regionalplanes der Region Stuttgart - Beteiligung der Planungsträger am Entwurf vom 27.2.2008

Der Vorsitzende erörterte, dass die Regionalversammlung am 27.2.2008 den Entwurf des fortgeschriebenen Regionalplans beschlossen und die Geschäftsstelle beauftragt habe, die Planungsträger zu beteiligen. Im Regionalplan werde die anzustrebende räumliche Entwicklung der Region in beschreibender und zeichnerischer Darstellung nach Zielen und Grundsätzen der Raumordnung festgelegt.

Zum Kapitel Siedlung führte der Vorsitzende weiter aus:

Die Eigenentwicklung solle es den Gemeinden ermöglichen, ihre gewachsene Struktur zu erhalten und sich angemessen weiterzuentwickeln. Im Entwurf des Regionalplanes sei vorgesehen, dass die Region den Gemeinden mit Eigenentwicklung, zu denen die Gemeinde Ingersheim gehöre, 0,2% pro Jahr Zuwachs an Wohneinheiten zubilligen möchte.

Grundsätzlich stellen diese Absichtserklärungen einen erheblichen Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden, insbesondere der Gemeinden mit Eigenentwicklung, dar. Es sei zu befürchten, dass bei Umsetzung dieser Vorgaben eine verantwortungsbewusste Siedlungspolitik nicht mehr möglich sei.

Die Gemeinde Ingersheim zähle derzeit knapp über 6.000 Einwohner und ca. 2.600 Haushalte. Ein Zuwachs von 0,2% pro Jahr würde 5,2 Haushalten entsprechen. Auf fünf Jahre gerechnet ergäbe sich ein Zuwachs von ca. 26 Wohneinheiten, auf 15 Jahre gerechnet ein solcher von ca. 78 Wohneinheiten.

Wenn jetzt das Baugebiet "Brühl II" zum Vergleich genommen werde, hier seien 75 Wohneinheiten vorgesehen, dann würde dies die gesamte Entwicklung der Gemeinde über einen Zeitraum von 15 Jahren abbilden.

Damit werde deutlich, dass eine Umsetzung des Regionalplanes in der vorgesehenen Form die Variation von Planungsmöglichkeiten der Gemeinde quasi auf null reduziere. Die Forderung nach mehr Gestaltungsfreiheit für die Gemeinden bedeute nicht, einen nicht angemessenen, höheren, am Bedarf vorbeigehenden Baulandverbrauch anzustreben.

Das Prinzip "Innen- vor Außenentwicklung" werde in unserer Gemeinde ebenfalls seit Jahren beherzigt. Bei der Innenentwicklung sei eine Kommune aber viel stärker von Zufälligkeiten, was die Verfügbarkeit von Bauland anbelangt, abhängig und könne dies nicht im selben Maße steuern, wie dies bei einer Außenentwicklung beispielsweise durch ein Aufkaufverfahren möglich sei.

Zum Kapitel Freiraum führte der Vorsitzende aus:

Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Darstellungen unter Kapitel 3.2. "Regionale Grünzüge und Grünzäsuren sowie Gebiete für besondere Freiraumfunktionen" gelegt werden. Aus der Raumnutzungskarte ergebe sich, dass der Verband Region Stuttgart beabsichtige, fast den gesamten Freiraum in der Region als regionalen Grünzug auszuweisen. Damit wäre eine Entwicklung von Wohnbau- und Gewerbeflächen in diesen Bereichen aus Sicht der Verwaltung grundsätzlich nicht mehr möglich, was wiederum zu einer starken Einschränkung der kommunalen Planungshoheit führe. Deshalb fordere die Verwaltung in ihrer Stellungnahme, dass die regionalen Grünzüge in folgenden Bereichen zurückgenommen werden sollen:

- Im Bereich der vorhandenen Wohnbebauung östlich von der L 1113 gelegen
- Im Bereich des Südwesten an das Gewerbegebiet "Gröninger Weg" geplante regionale Grünzug
- Das Gebiet zwischen der L 1125 nördlich und L 1113 westlich
- Im Bereich des Holderfriedhofes
- Im Bereich nördlich der K 1618 und westlich der Husarenhofstraße

Zum Kapitel Infrastruktur führte der Vorsitzende aus:

Die Beseitigung der Ortsdurchfahrten Ingersheim und Pleidelsheim im Zug der L 1125 habe nach dem Dafürhalten der Gemeinde weder als nördliche noch als südliche Umfahrung künftig Aussicht auf Umsetzung. Als Alternative wurde vom Regierungspräsidium ein aus Sicht der Gemeinden besonders beachtenswerter Trassenvorschlag, die Variante C 3 im Zug der L 1113, ausgearbeitet, der eine südwestliche Teilumfahrung des Orts zur L 1125 beinhalte.

Diese Teilumfahrung könne in alle bislang diskutierten Umfahrvarianten eingepasst werden und befinde sich derzeit in der Detailplanung als Grundlage für ein in diesem Jahr noch beginnendes Planfeststellungsverfahren. Insoweit wurde der Gemeinde Ingersheim eine kurz- bzw. mittelfristige Realisierung in Aussicht gestellt. Zur Konkretisierung der Planung sei eine Aufnahme dieses Straßenstücks in die Fortschreibung des Regionalplans geboten.

Es könne nicht sein, dass Ingersheim in seinen eigenen Entwicklungsmöglichkeiten weiter beschränkt werden solle, aber auf der anderen Seite vornehmlich durch den Durchgangsverkehr verursachte Belastungen insbesondere die Ortsinnenentwicklung nicht in dem Maße erfolgen könne, wie das planerisch wünschenswert wäre.

Die Mehrheit des Gremiums konnte sich der oben dargestellten Stellungnahme der Verwaltung anschließen und beauftragte die Verwaltung diese an den Verband Region Stuttgart weiterzuleiten. Einige wenige Gemeinderäte vertraten die Meinung, dass der Regionalplan in seiner jetzigen Fassung so bestehen bleiben solle, da es dabei um einen nachhaltigen Schutz von ökologischen Freiräumen gehe.

Feststellung der Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007

Kämmereileiter Holl erläuterte die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2007. Das Gesamtvolumen im Verwaltungshaushalt betrage 12.089.906 € und im Vermögenshaushalt 1.882.822 €. 2007 sei hinsichtlich der Einnahmesituation ein sehr gutes Jahr gewesen, das sich deutlich vom Einnahmehöhepunkt der Vorjahre abhebe. Sowohl die Gewerbesteuererlöse, der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer als